

## Medienmitteilung

<b>Thema</b>	<b>Grünliberale beantragen: Ruhegehalts-Initiative direkt vors Volk</b>
Für Rückfragen	Emmanuel Ullmann, Tel. 076 322 79 79 Katja Christ, Tel. 078 698 53 73
Absender	Grünliberale Partei Basel-Stadt <a href="http://www.bs.grunliberale.ch">www.bs.grunliberale.ch</a>
Datum	1. September 2016

Bezug auf sda-Meldung vom 30. August 2016, 13:47 Uhr:

*Basler Regierung prüft Gegenvorschlag zu GLP-Ruhegehalts-Initiative.*

*Die Basler Regierung will die Volksinitiative, die sich gegen "goldene Fallschirme" für Regierungsräte richtet, noch nicht dem Volk vorlegen. Stattdessen will sie das Volksbegehren zuerst vertieft prüfen.*

**Die Grünliberalen Basel-Stadt haben mit Befriedigung zur Kenntnis genommen, dass der Regierungsrat der Initiative «für eine zeitgemässe finanzielle Absicherung von Magistratspersonen (Keine goldenen Fallschirme mit Steuergeldern!)» ernsthafte Chancen einräumt und dem Grossen Rat beantragen wird, die Initiative zur Ausarbeitung eines Gegenvorschlags zu überweisen.**

Die Grünliberalen freuen sich und sind stolz darauf, dass nun ihre erste Initiative den politischen Weg nimmt und in den Grossen Rat kommt. Nun beginnen aber bereits die politischen Ränkespiele, um eine Reduktion der Ruhegehälter bei Regierungsrätinnen und -räten auf drei Jahre zu verwässern oder gar zu verhindern. Hinter dem Antrag der Regierung, die Initiative nicht direkt dem Volk vorzulegen, sondern erst dem Regierungsrat, und hinter der Ankündigung, einen Gegenvorschlag präsentieren zu wollen, steht unübersehbar die Absicht, die goldenen Fallschirme für Regierungsrätinnen und -räte beibehalten zu wollen.

Es ist erstaunlich, dass vor kurzem im Kanton Aargau die SP zusammen mit den Grünliberalen und der SVP einer Reduktion der Ruhegehälter zum Durchbruch verholfen hat. Hier im Kanton Basel-Stadt zielt man sich offenbar von linker Seite und strebt eine Verwässerung der Reform an. Blickt man auf die Parteisteuer der SP, so ist dies etwas weniger erstaunlich, bedeutet jedes Jahr Ruhegehalt mehr, eine Absicherung von etwa CHF 4'500 Finanzfluss für die Partei pro ehemaliges Regierungsmitglied pro Jahr. Bei mehreren Ruhegehältern über mehrere Jahre, sind dies doch stattliche Beträge.

Die Initiative fordert keine Abschaffung der Ruhegehälter, sondern eine zeitgemässe Anpassung auf maximal drei Jahre. Dieser Vorschlag stellt bereits einen fairen Kompromiss dar. Zudem sollen die Ruhegehälter von Richtern/-innen und Regierungsräten/-innen angeglichen werden.

Es ist ja nur ein Gegenvorschlag denkbar, der weniger weit geht als die Initiative. Die Grünliberalen sind aber überzeugt, dass ein Ruhegehalt von maximal drei Jahren Dauer bereits eine moderate Lösung ist. Eine weitere Anpassung drängt sich aus unserer Sicht nicht auf und würde das Kernanliegen der Initiative unnötig verwässern. Aus diesem Grund werden die Grünliberalen im Grossen Rat beantragen, die Initiative direkt vors Volk zu bringen mit Empfehlung auf Annahme.

Weitere Informationen zu unserer Initiative finden Sie unter [ruhegehalt.ch](http://ruhegehalt.ch)